

AUSSPRACHE

Lohntheoretische Konsequenzen

Unter dem Titel „Gedanken zur Lohntheorie“ beschäftigt sich Prof. *Adolf Sturmthal* im Aprilheft der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ mit dem Problem der gegenseitigen Beeinflussung von Lohn- und Produktivitätssteigerungen. Dabei wird mit dem Terminus „Produktivität“ in einer Weise umgegangen, als ob jedermann wüßte, was unter diesem schillernden Ausdruck zu verstehen ist, während noch ein *Max Weber* diesen Begriff seiner Vieldeutigkeit wegen in den Orkus verdammt. Desgleichen wird die berüchtigte Lohn-Preis-Spirale so zitiert, als ob deren empirische Existenz unumstritten wäre. Dabei ist gerade in dieser Zeitschrift des öfteren der Versuch unternommen worden, die Berechtigung dieses Schlagwortes mit statistischen Daten zu widerlegen (z. B. Heft 7/1955). Doch diese formellen Einwendungen sollen hier nicht weiter diskutiert werden, dagegen muß zu den aus den lohntheoretischen Gedanken *Sturmthals* sich ergebenden Konsequenzen Stellung genommen werden:

Aus den Erörterungen geht hervor, daß Lohn-erhöhungen und Produktivitätssteigerungen eng

miteinander verknüpft sind, daß aber trotz der wechselseitigen Beeinflussung die Löhne sich letzten Endes immer nur im Rahmen der Produktivität bewegen können. (Wenn diese Folgerung auch nicht *expressis verbis* zum Ausdruck kommt, so ergibt sie sich doch aus den gesamten Ausführungen und aus dem Hinweis auf das 1932 erschienene Werk von *J. R. Hicks*: „The Theory of Wages“. Zwar bekennt sich *Sturmthal* zu der Meinung, daß der Lohndruck der Gewerkschaften die Produktivität einzelner Industriezweige heben kann — freilich mit der Gefahr technologischer Arbeitslosigkeit —, ein Durchbrechen der „Produktivitätsformel“ wird aber für unmöglich gehalten.

Wir haben in der Bundesrepublik eine Hochkonjunktur. Während der Aufbaujahre nach 1948 wurde den Lohnforderungen der Gewerkschaften stets der Hinweis auf den Vorrang der Investitionen entgegengehalten. Um den Aufbau nicht zu gefährden, steckten die Gewerkschaften oft genug ihre berechtigten Forderungen zurück. Jahrelang bewegte sich die Steigerungsrate der Löhne weit unter der Zunahme der Produktivitätsrate. Die Aufbauperiode ist inzwischen abgeschlossen worden. Die Kapitalausstattung der westdeutschen Industrie ist besser als je zuvor. Trotzdem sollen sich die Löhne lediglich parallel zur weiteren Steigerung der Produktivitätsrate bewegen können, wobei sich

noch niemand völlig darüber klar ist, wie diese ominöse „Produktivität“ überhaupt ermittelt werden kann. Das heißt nichts anderes, als daß die überhöhte Gewinnrate der Aufschwungsperiode für alle Zeiten konserviert werden soll. Es ist ein Verzicht auf jede Möglichkeit, den Anteil der Arbeitnehmerschaft am Sozialprodukt zu erhöhen. Die zu geringe Lohnquote würde in ihren Relationen zu den anderen Einkommen unverändert bleiben. Die Gewerkschaften könnten lediglich dafür sorgen, daß die Arbeitnehmer an den weiteren Steigerungen des Sozialprodukts im gleichen Verhältnis wie bisher teilnehmen. Das kann aber nicht der Zweck gewerkschaftlicher Lohnpolitik sein. Diese hat sich am Interesse der Mitglieder und an der konjunkturellen Gesamtsituation auszurichten und nicht an einer — irgendwie errechneten — Produktivität, die in einer Marktwirtschaft nichts anderes als privatwirtschaftliche Rentabilität bedeutet.

Ruth Herfert

Rentenreform und Lohnpolitik

Frau Prof. Elisabeth *Liefmann-Keil* versucht in ihrem Beitrag „Die Rentenreform in sozial- und wirtschaftspolitischer Sicht“ im Maiheft, die Zusammenhänge zwischen der Rentenreform und der Lohnpolitik aufzuzeigen. Sie kommt dabei zu gewerkschaftlich nicht vertretbaren Schlußfolgerungen. Aus der Tatsache, daß die Einführung der dynamischen Altersrente eine weitere zahlenmäßige Verminderung der Bezüher fixer Einkommen bedeutet, wird der Schluß gezogen, daß Lohnerhöhungen dann größere Möglichkeiten zu Preissteigerungen enthalten würden als bisher. Den Gewerkschaften obliegt damit nach der Meinung der Autorin die Pflicht, diese Wandlung zu berücksichtigen und ihre Lohnpolitik dieser Entwicklung anzupassen.

Warum die Gefahr von Preissteigerungen nach Einführung der dynamischen Altersrente größer werden soll, geht allerdings aus dem Artikel nur unvollkommen hervor. Die Autorin verweist lediglich auf die verstärkte Nachfrage der Sozialrentner. Aber es dürfte doch kaum ein Geheimnis sein, daß der Preismechanismus theoretischer Modelle in der Wirklichkeit nur sehr bedingt wirksam ist, so daß nicht allein die Nachfragesteigerung für die jeder Lohnerhöhung folgende (wenn nicht vorausgehende) Preissteigerung verantwortlich ist. In der Realität werden im Gegenteil die von den Unternehmen vorgenommenen Preiserhöhungen im Regelfall mit der verschlechterten Kostenlage begründet. Erhöhungen der Rentenbezüge bedeuten aber keine direkte Beeinflussung der Kostenstrukturen, so daß die Bindung der Renten an die Löhne volkswirtschaftlich eher positiv als negativ zu beurteilen ist. Denn nach Einführung der dynamischen Altersrenten kann

eine in der Hochkonjunktur wünschenswerte Ausdehnung der Nachfrage nach Verbrauchsgütern über Lohnsteigerungen leichter erreicht werden, weil dann die Nachfrageausdehnung zu einem Teil nicht in der Form von Lohnkosten von den Betrieben getragen werden muß. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte erscheint es nicht sehr notwendig zu sein, daß die Gewerkschaften die Grundsätze ihrer Lohnpolitik modifizieren, wie es Frau Prof. *Liefmann-Keil* für angebracht hält. Im Gegenteil scheinen die Chancen einer aktiven Lohnpolitik mit der Bindung der Renten an die Löhne zu wachsen, weil dann die Gewähr gegeben ist, daß der expansive Einkommenseffekt einer Lohnerhöhung den kontraktiven Kosteneffekt überwiegt.

Herbert Borreck

Einkommensverteilung,

Lohnpolitik und Produktivität

Der im Maiheft veröffentlichte Aufsatz von *Rudolf Henschel* über „Einkommensverteilung, Lohnpolitik und Produktivität“ ist allein wegen der deutlichen Herausstellung der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer gegebenen Einkommensverteilung sehr zu begrüßen. Henschel verdient auch Zustimmung, wenn er jede starre Bindung an eine bestimmte (zufällige) Einkommensschichtung oder irgendwelche Produktivitätsindizes als „reinen Wahnwitz“ ablehnt. Zum Schluß seiner Arbeit versucht der Autor dann aber, das für 1956 gesamtwirtschaftlich vertretbare Ausmaß der zu erwartenden Lohnerhöhungen abzuschätzen, und hier kann seinen Begründungen nicht mehr gefolgt werden. Dazu ist vor allem auf folgendes hinzuweisen:

1. Henschel nimmt in Punkt 1 seiner Begründung eine technische Produktivitätssteigerung von 4 vH an und stellt fest, daß dieser Entwicklung eine Lohnsteigerung von 4 vH entsprechen würde. Abgesehen davon, daß diese Feststellung nichts anderes bedeutet, als einen „Rückfall“ in die auf den Seiten davor vom Verfasser abgelehnte Bindung von Lohnhöhe und Produktivitätssteigerung, wird mit dieser Formulierung die gesamte Problematik einer exakten „Messung“ der sog. Produktivität völlig negiert.

2. Aber auch die Ergänzung der ersten Feststellung Henschels durch seine Punkte 2 und 3 genügt nicht, wenn man seine Ausführungen zur Grundlage der gewerkschaftlichen Lohnpolitik machen will. Es soll hier nicht der von Henschel angeführte Prozentsatz möglicher Lohnsteigerungen untersucht werden, verfehlt erscheinen uns die Begründungen, die weder der gegenwärtigen Konjunktursituation noch der Lage des Arbeitsmarktes gerecht werden. Erreichen die Gewerkschaften im Jahre 1956 lediglich Lohnerhöhungen im Rahmen der von Henschel angeführten Grenzen, so ist ihnen damit auch nur gelungen, den Anteil der Arbeit-

nehmerschaft am Volkseinkommen in etwa zu erhalten. Ziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik sollte aber die Erweiterung dieses Anteils sein!

Nun haben unsere Industriegewerkschaften freilich oft genug bewiesen, daß sie sich ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung bewußt sind und auf kurzfristige „Erfolgs“möglichkeiten zugunsten der volkswirtschaftlichen Entwicklung verzichten können. Aber selbst unter diesem Gesichtspunkt erscheint es zur Zeit ratsam, daß die Gewerkschaften in ihren Lohnforderungen über die durch Henschel gesteckten Grenzen hinausgehen. Die gegenwärtige Hochkonjunktur mit ihren überhöhten Investitionsvorhaben erfordert dringend eine Stärkung des Verbrauchsgüterbereichs, wozu sich eine allgemeine Lohnsteigerung als geeignetes Mittel anbietet. Und auch die gespannte Lage des Arbeitsmarktes fordert Lohnerhöhungen geradezu heraus, da nur über eine relative Verteuerung des Faktors Arbeit die günstigste Verwendung

der selten gewordenen Arbeitskräfte gesichert werden kann.

3. Während wir bei den Argumenten Henschels zu seinen Punkten 1 bis 3 lediglich den Rahmen der gegebenen Begründungen für zu eng halten, müssen wir Punkt 4 völlig ablehnen: Hier begründet der Verfasser einen Teil seiner Lohnforderungen mit dem gestiegenen Preisniveau auf Grund unserer Gläubigerposition am Weltmarkt. Wir halten unsere Gläubigersituation durchaus nicht für ein volkswirtschaftliches Positivum, und es ist das gute Recht der Gewerkschaften, öffentlich dafür einzutreten, daß dieser Zustand baldigst durch entsprechende Importausweitungen beseitigt wird. Aber die Bereinigung der Außenhandelsituation und die damit verbundene „Dämpfung“ des inländischen Preisauftriebs kann *nur* über die Erweiterung der Importe erfolgen. Die geschwächte Binnenkaufkraft durch Lohnsteigerungen zu kompensieren, erscheint hier als ein recht zweckentfremdetes Mittel.

Herbert Ehrenberg